



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 186. Ratssitzung vom 15. April 2026

6105. 2025/218

**Motion von Sandra Gallizzi (EVP), Roger Föhn (EVP) und Stefan Reusser (EVP)
vom 04.06.2025:**

Unterstützung von Personen, die aus der Sexarbeit aussteigen wollen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sandra Gallizzi (EVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4673/2025): Die ausführlichen Antworten des Stadtrats auf unsere Motion bieten einen guten Überblick über die Angebote der Stadt im Rahmen der städtischen Prostitutionspolitik. Auf das Anliegen unserer Motion geht er aber nur am Rande ein. In der Schweiz ist es relativ einfach, in die Prostitution einzusteigen. Für manche Frauen und Männer mag es in gewissen Lebenssituationen eine rationale Option sein, für einen gewissen Zeitraum ihren Lebensunterhalt so zu bestreiten. Studien aus verschiedenen Ländern zeigen aber, dass Menschen in der Prostitution mehrheitlich aussteigen und sich beruflich neu orientieren würden, wenn sie eine valable Alternative hätten. Das zeigt auch ein Bericht des Europaparlaments des Jahres 2014. Gemäss den Erfahrungen von spezialisierten Organisationen und Sozialarbeiterinnen und -arbeitern ist der Ausstieg aus der Prostitution für viele Menschen aus eigener Kraft schwierig oder praktisch unmöglich. Selbst wenn sie im strafrechtlichen Sinn nicht als Opfer von Menschenhandel gelten, sind Betroffene oft in vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten gefangen. Aus Berichten dieser Fachstellen wird klar, dass viele Frauen und Männer in der Prostitution nach einer gewissen Zeit nicht mehr können. Viele erleben täglich physische und psychische Gewalt, sind traumatisiert, ertragen ihren Job nur noch unter Drogeneinfluss oder haben aufgrund des ständigen Geschlechtsverkehrs Schmerzen und gesundheitliche Probleme. Eine Auswertung des Stadtärztlichen Dienstes zeigte im Jahr 2024, dass die Zahl der Prostituierten mit Gewalterfahrungen, Drogenmissbrauch und sexuell übertragbaren Krankheiten steigt. Schweizer Freier werden immer brutaler und die Sexpraktiken immer demütigender. Ein besonders erschreckendes Bild zeichnet das Schicksal einer 22-jährigen ehemaligen Prostituierten, die über einen sogenannten «Loverboy» ins Milieu geriet. Nachdem sie sich in den 10 Jahre älteren Mann verliebt hatte, wurde sie durch Manipulation und Gewalt in die Prostitution gezwungen. Das ist leider kein Einzelfall. Prostitution ist in der Schweiz legal und es gibt viele, die diesen Job freiwillig ausüben. Wenn



Menschen selbstbestimmt in der Sexarbeit tätig sind, ist das ihr gutes Recht und niemand will sie gegen ihren Willen vom Ausstieg überzeugen – auch wir mit dieser Motion nicht. Wenn Menschen die Arbeit nach einer gewissen Zeit nicht mehr ausüben wollen oder können, ist es unsere Verantwortung als Gesellschaft, ihnen beim Ausstieg und der beruflichen Neuorientierung zu helfen. Genau das und nur das verlangt unser Vorstoss. Der Stadtrat verweist in seiner Antwort auf das Pilotprojekt ROSE, das bei der städtischen Beratungsstelle Flora Dora läuft. Das Pilotprojekt ist zu begrüßen, aber es reicht nicht. Gemäss dem Jahresbericht 2024 gibt es im Rahmen dieses Pilotprojekts 0,7 Vollzeitstellen. Es ist wenig plausibel, dass mit diesen wenigen Stellenprozenten die Nachfrage nach Ausstiegsbegleitung abgedeckt werden kann. Die Zahlen im Zürcher Prostitutionsgewerbe sind viel grösser. In manchen Jahren zählt die Stadtpolizei über 1000 neue Prostituierte. Es ist an der Zeit, dass sich die Stadt ihrer Verantwortung stellt und sich stärker mit spezialisierten Nichtregierungsorganisationen (NGO) in diesem Bereich engagiert. Zwar hat der Kanton Zürich kürzlich mehreren Organisationen im Bereich Ausstiegshilfe Finanzmittel zugesprochen. Die Beiträge sind aber klein und nicht nachhaltig. An konkrete Leistungsziele sind diese Beiträge meines Wissens nicht gekoppelt. In anderen Städten und Kantonen passiert mehr als in Zürich. So schloss der Kanton Bern Anfang 2025 einen Rahmenleistungsvertrag betreffend Ausstiegsberatung und Begleitung von Menschen im Prostitutionsgewerbe mit Rahab Bern ab. Der Leistungsvertrag enthält klare und quantitative Ziele und Vorgaben für die Leistungserbringer. Mitte November 2025 erklärten sie an einer Tagung auf nachvollziehbare Weise, was es braucht, damit Menschen aus der Sexarbeit aussteigen und sich beruflich neu orientieren können. Es reicht nicht, ausstiegswillige Sexarbeiterinnen und -arbeiter in einen Deutschkurs und einen Kurs «Wie verfasse ich ein Bewerbungsschreiben» zu schicken. Damit die berufliche Neuorientierung gelingt, braucht es einen umfassenden Case-Management-Ansatz. So bringt Rahab Bern ausstiegswillige Frauen und Männer teilweise vorübergehend in Notunterkünften unter. Sie bezahlt ihnen bei Bedarf eine finanzielle Überbrückungshilfe. Auch eine kontinuierliche psychosoziale Begleitung während des ganzen Prozesses ist entscheidend. Wir sind davon überzeugt, dass es unsere Verantwortung in Zürich ist, ein solches Angebot aufzubauen. Unsere Motion bietet eine Startrampe für diese Personen, die tagtäglich Gewalt über sich ergehen lassen müssen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Der Stadtrat versuchte in seiner Antwort die aktuelle Ausrichtung unserer Prostitutionspolitik darzulegen. Der Ausstieg aus der Prostitution ist ein Element, in dem wir Projekte und Beratungen zur Unterstützung anbieten. Wir dürfen uns aber keine Illusionen machen. Prostitution ist ein vielschichtiges gesellschaftliches Phänomen, bei dem verschiedene Themen zusammenkommen. Man muss beachten, was die Ursachen dafür sind, dass Menschen in die Sexarbeit gehen. Diese lassen sich häufig nicht durch ein Beratungsangebot auflösen. Darum ist die Unterstützung des Ausstiegs durchaus unsere Aufgabe. Erfahrungen dazu sammeln wir im Projekt ROSE. Ein Wundermittel ist es trotzdem nicht. Der Stadtrat will weiter an diesem Anliegen arbeiten, aber als Element einer breiten Politik. Überweisen sie uns die Motion gern als Postulat.*



Weitere Wortmeldungen:

Michele Romagnolo (SVP): Der Vorstoss geht davon aus, dass Sexarbeit grundsätzlich nicht freiwillig ist und eine Form von Unterdrückung darstellt. Diese pauschale Darstellung wird der Realität nicht gerecht und widerspricht der geltenden Rechtslage, wonach Sexarbeit in der Schweiz legal ist und als selbstständige Erwerbstätigkeit ausgeübt werden kann. Heute gibt es auf städtischer, kantonaler und nationaler Ebene eine Vielfalt von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Menschen in prekären Lebenslagen – auch für Personen im Bereich der Sexarbeit. Dazu gehören die Sozialberatungsstelle, das Opferschutzprogramm, Angebote im Bereich Gesundheit und Migration sowie Instrumente zur Bekämpfung von Menschenhandel. Ein zusätzlicher spezifischer Ausbau mit weitgehenden Leistungen wie Wohnraum, Sozialhilfe, Ausbildungsprogramm und Rückkehrhilfe würde zu Parallelstrukturen führen und erhebliche finanzielle Mittel binden, ohne dass belegte Mehrwerte ersichtlich sind. Zusätzlich steht der Vorstoss in einem problematischen Spannungsfeld mit der Personenfreizügigkeit. Aufgrund der bilateralen Abkommen ist der Zugang von EU-Bürgerinnen und Bürgern zum schweizerischen Arbeitsmarkt auch im Bereich der Sexarbeit rechtlich garantiert. Eine städtische Ausstiegspolitik, die faktisch allen ausländischen Sexarbeitenden weitreichende staatliche Unterstützungsleistungen in Aussicht stellt, könnte erhebliche Fehlanreize schaffen und die Stadt überfordern. Besonders besteht damit die Gefahr, dass unbeabsichtigt Anziehungseffekte entstehen, die den Menschenhandel nicht reduzieren, sondern indirekt begünstigen. Die Bekämpfung von Ausbeutung, Zwangsprostitution und Menschenhandel ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Diese muss aber primär über Strafverfolgung, internationale Zusammenarbeit und den bestehenden Opferschutzmechanismus erfolgen und nicht über pauschale kommunale Ausstiegsprogramme mit einer unklar definierten Zielgruppe und offenen Folgekosten. Daher ist der Vorstoss abzulehnen.

Tanja Maag (AL): Die Motionär*innen wollen, dass sich die Stadt finanziell und beratend mehr in der Unterstützung von Sexarbeitenden, die sich neu orientieren wollen, engagiert. Ich sage bewusst «neu orientieren», weil ein Ausstieg impliziert, dass Sexarbeitende grundsätzlich ihre Tätigkeit wechseln sollen. Auch hinter weiteren Passagen des Motionstexts können wir nicht stehen, wie bspw. der Reintegration ins Heimatland. Das löst einige Fragezeichen aus. Deswegen und wegen der dahinterstehenden Stossrichtung und Haltung lehnen wir die Motion auch als Postulat ab. Der Fokus liegt auf Neuorientierung und wird der Sexarbeit nicht gerecht. Sie reduzieren dadurch Sexarbeitende auf eine Opferrolle. Wir vertreten die Haltung, dass Sexarbeit Arbeit ist, aber glorifizieren sie nicht. Oft wiegen ökonomische Gründe hoch, aber nicht immer. Leider sind Sexarbeitende mit Stigmatisierung und Diskriminierung konfrontiert. Der Fokus sollte auf dem Schaffen von Möglichkeiten und Beratung in ihrer Tätigkeit liegen. Sie sollen ihre Arbeit nicht verheimlichen müssen, wenn sie bspw. eine Wohnung suchen. Sexarbeitende sollen für ihre Rechte einstehen und ihre Arbeit selbstbestimmt gestalten können. Es gibt die Realität, dass Sex gekauft und angeboten wird. Schaffen wir also die Voraussetzungen für Anerkennung und Legalität. Das schliesst Menschenhandel und Menschenrechtsverletzungen aus. Das sind Straftaten, wofür vor kurzem bei der Stadtpolizei Stel-



len gesprochen wurden. Abhängigkeiten, Gewalterfahrungen und gesundheitliche Gefährdungen müssen ebenso vermieden werden. Dafür ist der Zugang zu Beratungsangeboten nötig und der ist bereits vorhanden. Die städtischen Angebote ergänzen die wertvollen Angebote der NGO. Lücken gibt es konkret bei Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie das STR Raphael Golta erläuterte.

Rahel Habegger (SP): Die Motion verlangt eine kreditschaffende Weisung für ein neues sogenanntes «Ausstiegsprogramm». Das wird u. a. damit begründet, dass Sexarbeit keine gewöhnliche Arbeit sei und kaum freiwillig ausgeübt werde. Diese Verallgemeinerung teilen wir nicht und lehnen den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab. Zürich verfügt bereits über ein sehr dichtes, niederschwelliges und gut funktionierendes Unterstützungsnetzwerk für Sexarbeitende. Beratung, Prävention, Krisenintervention und eine berufliche Neuorientierung sind längst etabliert. Mit diesem Vorstoss erzielt man keine zusätzliche Wirkung, sondern Doppelspurigkeit. Statt bewährte Strukturen zu stärken, würden parallel neue Programme aufgebaut werden, was nicht effizient ist. Entscheidend ist auch die Frage der Wirksamkeit. Internationale Menschenrechts- und Public-Health-Organisationen sagen eindeutig, dass moralisch repressive «Exit-Only-Ansätze» die Stigmatisierung erhöhen, Menschen in riskante Kontexte drängen und den Zugang zu Schutz- und Gesundheitsversorgung erschweren. Nachweislich wirksam sind rechtbasierte, partizipative und schadensmindernde Modelle – genau den Ansatz, den Zürich bereits verfolgt. Wichtig scheint mir die saubere Trennung zwischen Zwang und einvernehmlicher Sexarbeit. Menschenhandel muss konsequent bekämpft werden. Dafür gibt es spezialisierte Schutz- und Begleitstrukturen wie die FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration. Diese müssen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Sie zu umgehen, schwächt die Betroffenen. Die geforderte Reintegration im Heimatland scheint mir besonders problematisch. Solche Programme können Druck erzeugen, Rechte einzuschränken und bestehende Vulnerabilitäten zu verschärfen. Europäische Erfahrungen zeigen, dass solche Zwangspfade erhebliche negative Nebenwirkungen haben können. Die Stadt leistet bereits erfolgreiche Pilotarbeit. Mit dem Programm ROSE werden Menschen, die sich beruflich neu orientieren wollen, ergebnisoffen unterstützt. Bestehende Angebote sollen finanziell und fachlich gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit der FIZ, Polizei und Gesundheit soll weiter vertieft, Bildungs- und Jobperspektiven ausgebaut und die Mitbestimmung der Betroffenen verankert werden.

Marita Verbali (FDP): Einige Punkte in der Antwort des Stadtrats und der vorhergehenden Voten zur Ablehnung des Postulats finde ich irritierend. Die Aussage, dass der Ausstieg aus der Sexarbeit häufig nicht angestrebt werde, weil die Personen ihre Tätigkeit als selbstbestimmte Erwerbsarbeit verstünden, greift zu kurz. Es gibt bestimmt viele Leute, die das so erleben, aber es gibt eben auch die anderen. Das Leben ist kein statischer Zustand und kann sich verändern. Genau dann muss Unterstützung rasch, wirksam und verbindlich zur Verfügung stehen. Irritierend ist auch, dass die Antwort des Stadtrats ellenlange Ausführungen zur Prostitution, der rechtlichen Zulässigkeit und der bestehenden Prostitutionspolitik enthält, was aber nicht Gegenstand dieser Motion ist. Diese stellt weder die Legalität der Sexarbeit noch die bestehenden Regulierungsmo-



delle infrage. Es geht auch nicht um die Ursache, wieso jemand in der Prostitution gelandet ist, sondern es fokussiert auf die Menschen, die aus der Sexarbeit aussteigen oder sich neu orientieren wollen. Der Stadtrat anerkennt zumindest, dass es Menschen gibt, die in der Sexarbeit in schwierige Lebenssituationen geraten und dass es Unterstützung für eine berufliche Neuorientierung braucht. Mit dem Pilotprojekt ROSE bestehen bereits gute Ansätze. Genau dessen Erfahrungen zeigen, dass Begleitung, qualifiziertes Personal und personelle und finanzielle Ressourcen nötig sind. Ohne eine klare Finanzierung bleiben solche Angebote zeitlich befristet und in der Wirkung begrenzt. Irritierend finde ich, dass gerade die linken Fraktionen die Motion ablehnen, die sonst für sich beanspruchen, konsequent Menschen in Not zu unterstützen. Das wäre hier möglich. Einen Prüfauftrag braucht es nicht, da es bereits viele Studien und Ansätze gibt. Die Ablehnung der SVP aufgrund der Personenfreizügigkeit ist nicht nachvollziehbar. Wenn Menschen die Prostitution verlassen wollen, soll man ihnen das ermöglichen. Darum braucht es eine kreditschaffende Motion. Ein Postulat mit einem weiteren Prüfauftrag verzögert die Umsetzung, obwohl der Handlungsbedarf bekannt ist. Ich nehme an, dass die EVP nicht als letztes Ziel hat, die Leute in ihrem Heimatland zu reintegrieren; sondern dass es lediglich möglich sein sollte, Personen beruflich so aufzustellen, dass sie wieder in ihrem Heimatland arbeiten können, sofern sie das wollen. Es geht um konkrete Hilfe für betroffene Menschen und nicht darum, Menschen zu zwingen auszusteigen oder sich neu zu orientieren. Das Projekt ROSE zeigt, was möglich ist. Die Weisung ist keine Parallelstruktur, sondern könnte solche Projekte mit den richtigen personellen und finanziellen Ressourcen ausbauen. Darum unterstützt die FDP-Fraktion die Motion.

Ronny Siev (GLP): Bei der Sexarbeit spricht man meistens von freiwilliger Sexarbeit. Bei Prostitution kommt Zwang ins Spiel. Bei beiden ist es schwierig, auszusteigen. Man kann die Tätigkeit schlecht in den Lebenslauf schreiben; einen Job im Büro oder Verkauf zu finden, wenn sie bekannt ist, gestaltet sich schwierig. Besonders für Leute, die unter Zwang standen, fällt ein Ausstieg schwer. Darum ist der Bedarf gegeben, auch wenn es schon Programme gibt. Darum unterstützen wir das Anliegen als Postulat. Die bestehenden Strukturen sollen weiter genutzt werden, während der Stadtrat prüft, ob es eine Erhöhung braucht. Dass die SP die Weisung nicht unterstützt, verstehe ich nicht.

Stefan Reusser (EVP): Ich zitiere aus dem Bericht des Stadtrats: «Die konstante Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen trifft in Zürich auf ein Angebot, das zu einem wesentlichen Teil durch migrierte Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter geprägt ist. Ein Ausstieg aus der Sexarbeit ist von diesen Menschen häufig nicht angestrebt, da sie ihre Tätigkeit als selbstbestimmte Erwerbsarbeit verstehen». Ich habe nachgefragt, auf welche Angaben sich diese Aussage stützt. Es gibt definitiv einen Anteil von Menschen in diesem Bereich, die das so sehen und es mag sein, dass die Stadt diesen Zustand anstrebt. Doch dass das der aktuelle Stand sei, finde ich eine gewagte Aussage. Gemäss meinem Wissensstand ist das nicht klar definiert, da entsprechende Untersuchungen fehlen und wir von einer hohen Dunkelziffer ausgehen müssen. Möglicherweise verfügt der Stadtrat über Daten, die mir unbekannt sind und die Aussage belegen. Dann soll er diese vorlegen und begründen. Sollte er das nicht können, erwarte ich, dass er seine Aussage anpasst. Alles andere ist eine Verzerrung oder Verschleierung der Tatsachen.



Im Arbeitsleben gibt es zwei Gruppen an Menschen: Die einen, die im Job bleiben wollen und andere, die wechseln möchten. Jeder Mensch hat das Recht sich auszusuchen, ob er einen Job ausüben möchte oder nicht. Würden Menschen in einem anderen Bereich zu ihrer Arbeit gezwungen, würden Gewerkschaften eingreifen. Bei der Sexarbeit scheint das nicht so wichtig zu sein. Wir müssen ein gesundes Gleichgewicht schaffen: Für die Gruppe, die den Beruf ausüben will, muss Sexarbeit entstigmatisiert werden. Doch diejenigen, die nicht mehr in ihr arbeiten wollen, dürfen wir nicht aus den Augen lassen. Letztere Gruppe zu ignorieren, zwingt ihr die Lebensweise der anderen Gruppe auf. Das werfe ich SP und AL vor. Das klingt weniger nach Unterstützung als nach Aufzwingen eurer Ideologie und widerentspricht meinem Verständnis sozialer Arbeit.

Michele Romagnolo (SVP): *Bisher wurde nicht diskutiert, dass wir auf keinen Fall Signale aussenden dürfen, dass man sich bei uns einfach prostituieren kann. Das wäre ein falsches Zeichen. Migration und Massnahmen gegen Menschenhandel müssen wir konsequent im Griff haben. Ein weiterer Ausbau hätte gravierende Folgen, da die Schweiz zum Magnet für Prostitution und Menschenhandel werden könnte. Sogar der Stadtrat beantragt die Ablehnung der Motion. Da bereits Programme existieren, die die Bedürfnisse abdecken, besteht aus Sicht der SVP kein Bedarf für weitere Massnahmen.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *STR Raphael Goltas Votum drehte sich um vieles, aber nicht das Anliegen der Motion: den Ausstieg aus der Sexarbeit. 20 Jahre lang hatte ich beruflich u. a. in der Sozialarbeit mit Prostituierten zu tun. Es gibt Frauen, die den Beruf freiwillig ausüben, aber auch definitiv solche, die aussteigen wollen. Denen muss mehr geholfen werden und da tut die Stadt zu wenig. Was sich die SP erlaubt, in eine Motion hineinzuinterpretieren, nur weil sie aus ihrer Sicht von der falschen Partei kommt, ist ein Tiefpunkt. Ist das ein Vorgeschmack darauf, was uns in den nächsten vier Jahren im Rat erwartet? Ihr setzt euch sonst sehr für Menschen am Rand der Gesellschaft und Frauen ein. Diesem Vorstoss hingegen dichtet ihr ein Geschmäcke an.*

Sandra Gallizzi (EVP) *ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Zähneknirschend wandeln wir die Motion in ein Postulat um.*

Tanja Maag (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/173 (statt Motion GR Nr. 2025/218, Umwandlung) wird mit 45 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat